

## Postulat 200

### Unterstützung und Beratung für die Mitgliedschaft bei gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften verstärken

Tamara Celato und Maria Pilotto namens der SP-Fraktion vom 24. August 2022

Wie der Stadtrat in der Antwort zum [Postulat 131](#) «Problematik des Einbringens von Eigenkapital bei Wohnbaugenossenschaften angehen» deutlich macht, gibt es auch für Bevölkerungsgruppen, die auf preisgünstigen Wohnraum angewiesen sind, bereits heute Möglichkeiten, Unterstützung bei der Finanzierung von Anteilscheinen und Pflichtkapital für die Mitgliedschaft in gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften zu erhalten.

Im Rahmen des [info-Kompasses](#) der Dienststelle Soziales und Gesellschaft des Kantons Luzern führt das Kompetenzzentrum Migration FABIA kostenlos diverse Informationsmodule für Migrant:innenvereine, Organisationen, Unternehmen und Gemeinden durch, u. a. zum Thema «Wohnen im Mietverhältnis». Eine spezifische Veranstaltung zum Thema «Wohnen in einer gemeinnützigen Baugenossenschaft» gibt es nicht.

Diverse Organisationen (z. B. Kirchgemeinden, Caritas) unterstützen Freiwillige in der Begleitung von Menschen mit Migrationshintergrund. Im Rahmen dieser Projekte entstehen direkte persönliche Kontakte, die oft auch zur Unterstützung bei der Wohnungssuche genutzt werden.

Trotz diesen diversen Angeboten ist, wie in der Antwort zum Postulat 131 ausgeführt, die Durchmischung in den verschiedenen gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften bezüglich ausländischer Wohnbevölkerung nach wie vor unbefriedigend.

Die Postulant:innen bitten den Stadtrat zu prüfen, unter welchen Bedingungen (Finanzen, Personal, Zeit usw.) eine verstärkte Beratung der betroffenen Personen möglich ist. Folgende Ideen sind vorstellbar:

- In Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum Migration FABIA eine Informationsveranstaltung zum Thema «Wohnen in einer gemeinnützigen Baugenossenschaft» entwerfen, die in den info-Kompass aufgenommen wird;
- Städtisch organisierte, regelmässige Durchführung der zu entwerfenden Informationsveranstaltung aus dem Angebot des info-Kompasses;
- Information der Freiwilligenorganisationen über die städtischen gemeinnützigen Baugenossenschaften und ihre Möglichkeiten der Finanzierung, z. B. durch einen mit den städtischen gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften entwickelten spezifischen Flyer;

- Anreize schaffen, um mehr Freiwillige für die Begleitung von Menschen mit vermehrtem Integrationsbedarf zu gewinnen, z. B. durch gezielte finanzielle Unterstützung von Freiwilligenorganisationen oder durch von der Stadt begleitete freiwillige Partnerschaften;
- Spezifische Sensibilisierung und allenfalls Aufstockung der zusätzlich nötigen Pensen für Mitarbeitende des Sozialamtes, damit diese mehr Zeit für die Beratung bezüglich gemeinnützigen Wohnbaus erhalten.